

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Namen des Vorstandes des OWUS-Thüringen e. V. begrüße ich sie herzlich zum Neujahrsempfang des Offenen Wirtschaftsverbandes von klein- und mittelständischen Unternehmern, Freiberuflern und Selbständigen in Thüringen e. V. im Superwahljahr 2009.

Ich freue mich besonders als Gast den Ministerpräsidentenkandidaten der thüringer LINKEn, Mitglied des Bundestages und stellv. Fraktionsvorsitzenden Bodo Ramelow begrüßen zu dürfen. Ebenso freue ich mich Vertreterinnen und Vertreter der Landtagsfraktion sowie des Landesvorstandes der Partei die LINKE Thüringen begrüßen zu können. Besonders begrüße ich auch den Vorsitzenden von OWUS Hessen Kai Böddinghaus.

Herzliche Grüße und die besten Wünsche für das politisch und wirtschaftlich brisante Jahr 2009 hat uns der Vorsitzende des OWUS-Dachverbandes MdB Dr. Diether Dehm übermittelt.

Das Jahr 2009 stellt die Wirtschaft vor große Herausforderungen.

Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise werden in vollem Umfang auch bei den thüringer Unternehmen ankommen. Auch wenn Wirtschaftsminister Reinholz den Vorteil der Kleinteiligkeit der thüringer Wirtschaft beschwört und daraus ableitet, dass die Krise die thüringer Wirtschaft nicht so hart treffen werde, so kann dies nicht darüber hinweg täuschen, dass die Unternehmen vor ernststen Problemen stehen. Es ist z. B. ein Trugschluß zu glauben, dass nach dem Rettungsschirm für die Banken die Kreditvergabe an die Unternehmen normal funktioniert. Das Gegenteil ist der Fall. Die Banken verlangen von den Unternehmen immer höhere Sicherheiten, die diese insbesondere in den neuen Bundesländern oftmals nicht mehr leisten können. Die Folge ist das Ausbleiben von notwendigen Investitionen und nicht selten auch das Aus für die Betriebe. Was dringend nötig ist, ist ein wirkungsvoller Rettungs- und Schutzschirm für KMU.

Die von der Bundesregierung (eiligst) aufgelegten Konjunkturprogramme zeigen, dass auch in der Politik langsam die Einsicht Einzug hält, dass für eine funktionierende Volkswirtschaft eine funktionierende Binnennachfrage eine Grundvoraussetzung ist.

Allerdings sind die getroffenen Maßnahmen alles andere als geeignet, die seit Jahren vernachlässigte Frage der Binnennachfrage zu lösen.

Die breite Masse der Bevölkerung wird auch durch das Konjunkturprogramm II nicht wirklich mehr Geld für Konsum zur Verfügung haben. Das zeigt schon folgendes Beispiel:

Sie sind ein ganz normaler, hart arbeitender Selbständiger mit 2 Kindern und schaffen 2009 einen zu versteuernden Gewinn von 40.000,- EUR. Dann bringen Ihnen der erhöhte Grundfreibetrag und der niedrigere Eingangssteuersatz aufs ganze Jahr gesehen eine Entlastung von 172,00 EUR für das ganze Jahr. Das sind auf den Monat gerechnet 14,33 EUR. Und auf den Tag volle 47 Cent ... ziemlich ernüchtend – oder ?

Somit wird sich die Lage gerade der vielen kleinen Betriebe in Handel, Handwerk, Gastronomie und Dienstleistung nicht spürbar verbessern.

Was nötig ist sind klare Ansagen seitens der Politik zur langfristigen Steuer- und Abgabenpolitik, zur Sicherung des Grundbedarfs im Alter und zur sozialen Absicherung insgesamt. Nur wenn die Menschen wieder langfristig ihre persönlichen finanziellen Verhältnisse planen können, werden Sie auch bereit sein, mehr Geld in den Konsum von Waren und Dienstleistungen zu investieren. Hier ergeben sich Chancen für die LINKE, ihre Gestaltungskompetenz zu beweisen.

Wir begrüßen die zahlreichen Ansätze der LINKEN in Bezug auf soziale Sicherheit, auf Mindestlöhne, auf eine Umgestaltung des Steuer- und Abgabensystems, auf Veränderungen der Wirtschaftsförderung, für die Schaffung regionaler Wirtschaftskreisläufe und den Erhalt von betrieblichen Ausbildungs- und Arbeitsplätzen.

Wir sehen aber auch kritisch, wie dabei immer wieder bezüglich der Unternehmen sehr undifferenziert vorgegangen wird.

Es macht einen gewaltigen Unterschied, ob ein Großkonzern Mindestlöhne einhalten muß oder ein Kleinunternehmer.

Es macht einen gewaltigen Unterschied ob es darum geht die Profitgier angestellter Manager oder Aktionäre einzudämmen oder dem Kleinunternehmer die Möglichkeit zu lassen, mit ehrlicher Arbeit den Lebensunterhalt für sich, seine Familie und seine ArbeitnehmerInnen zu verdienen.

Es macht einen gewaltigen Unterschied, ob international agierende Konzerne verlustreiche Aktivitäten in Deutschland durchführen und gewinnbringende Aktivitäten ins Ausland verlagern oder ob ein Kleinunternehmer wegen wegbrechender Nachfrage oder schlechter Zahlungsmoral echte Verluste erleidet.

Ich könnte die Reihe der Beispiele noch beliebig fortsetzen. Sie sollen jedoch nur zeigen, dass Wirtschaftspolitik nicht nur aus der Sicht der Gewerkschaften betreiben werden kann sondern auch und insbesondere aus der Sicht der klein- und mittelständischen Unternehmen betrieben werden muß. KMU sind nicht zu klein geratene Blutsauger sondern die den ArbeitnehmerInnen am nächsten stehenden Teile des

bürgerlichen Lagers. Eine Erkenntnis die schon bei Karl Marx nachzulesen ist.

Damit die Sicht der KMU stärker Einzug in die Politik hält, werden wir als OWUS-Thüringen e. V. gemeinsam mit der AG Linke UnternehmerInnen in der Partei die LINKE auf allen Ebenen Kandidaturen von UnternehmerInnen unterstützen.

KMU sind der Haltepunkt für die Wirtschaft in den Regionen. Sie müssen immer besser sein als alle anderen.

Um diesen hohen Ansprüchen genügen zu können, benötigen KMU die entsprechenden Rahmenbedingungen. Diese müssen durch eine kluge Wirtschaftspolitik von den Kommunen bis zur EU geschaffen werden.

Für eine bessere Wirtschaftspolitik fordern wir unter anderem:

- Sicherung und Verbesserung der wirtschaftlichen Infrastruktur durch
 - Stärkung und Ausbau regionaler Wirtschaftskreisläufe
 - Förderung und Ausbau alternativer Energiequellen
 - Rekommunalisierung der Versorgungswirtschaft besonders in den Sektoren Energie und Wasser
- Änderung in Vergabepaxis und Vergaberecht bei öffentlichen Aufträgen durch
 - Vergabe nach Wirtschaftlichkeit statt nach dem niedrigsten Preis und nach dem Grundsatz „EU-weit ausschreiben – regional vergeben“
 - Ausschreibung in kleinen, von KMU umsetzbaren Losen
 - Einrichtung von Schiedsstellen bei IHK, HWK und öffentlicher Verwaltung um Zahlungsprobleme schnell und kompetent zu lösen
 - Einrichtung einer Kooperationsbörse unter Federführung des Wirtschaftsministeriums um die Zusammenarbeit von KMU bei der Abarbeitung größerer Aufträge zu befördern
- Veränderungen im Abgabensystem durch
 - die Einführung des ermäßigten USt-Satzes für Handwerker- und arbeitsintensive Dienstleistungen, Medikamente und Heil- und Hilfsmittel
 - Vereinfachung und Erweiterung der Abzugsfähigkeit haushaltsnaher Dienstleistungen von der privaten Steuerschuld
 - konsequente Umsetzung des Prinzips der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit
 - Erhöhung der Freibeträge zu IHK- und HWK-Beiträgen
- Verbesserungen bei der sozialen Sicherung durch
 - Einführung von Mindestlöhnen mit flankierenden Maßnahmen für KMU
 - Sicherung der Ansprüche im Unternehmen mitarbeitender Familienangehöriger

- Integration der UnternehmerInnen in die Systeme der sozialen Sicherung, wie z. B. den Zugang zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung unabhängig von Alter des Betriebes
 - geringe Mindestbeiträge in der KV, PV und RV auf Basis des ALG II Regelsatzes
 - bessere, wirkungsvollere Angebote für Unternehmen in Schwierigkeiten
-
- gezielte Förderung der KMU durch
 - übersichtliche Förderprogramme und einfache Antragsverfahren
 - verstärkte Bereitstellung zinsgünstiger Mikro- und Kleinkredite für KMU durch öffentlich-rechtliche Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Förderinstitute des Landes
 - Zinshilfe- und Bürgschaftsprogramme speziell für KMU
 - Förderung genossenschaftlicher Formen des Eigentums und der Vernetzung von KMU
 - Abbau bestehender und Vermeidung neuer bürokratischer Hemmnisse
 - Verwaltung als Dienstleister für KMU

Dass die Umsetzung dieser Forderungen eine schwierige Aufgabe darstellt ist uns durchaus bewußt.

Allein schon bei der Einführung eines Vergaberechtes muß z. B. die Rechtsprechung des EUGH beachtet werden, die besagt, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge nicht an örtliche Tarifvorschriften gebunden sein darf.

Es ist also Kreativität der politisch Handelnden gefragt.

Die Politik ist gut beraten, die KMU mit Ihren täglichen Erfahrungen aus der praktischen unternehmerischen Tätigkeit in weit stärkerem Maße als bisher in die Erarbeitung neuer Ansätze einzubeziehen.

Dass heißt für die KMU aber auch, über die Parteiengrenzen hinweg gemeinsame Interessen zu vertreten. Da der einzelne KMU allein kaum das nötige Gehör finden wird, gilt hier „Die Masse macht`s.“.

Im Mai diesen Jahres wird in Berlin die erste linke europäische Mittelstandskonferenz stattfinden. Dort wird es zum einen um das Knüpfen eines praxisnahen Netzwerkes sozialverantwortlicher, arbeitnehmerfreundlicher KMU gehen. Zum anderen geht es darum, die wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Bedeutung gerade von Kleinst- und Kleinunternehmen zu unterstreichen und eine Antwort auf den neoliberalen Ungeist unserer Zeit zu fördern.

Ich lade Sie schon heute ein, am 20.Mai 2009 mit uns in Weimar die Erkenntnisse dieser Konferenz zu diskutieren.

Lassen Sie mich zum Schluß meiner Ausführungen ein Zitat von Winston Churchill vortragen, dass aus meiner Sicht sehr gut auf die KMU-Problematik passt:

„Manche Leute sehen im Unternehmer einen räudigen Wolf, den man erschlagen müsse, wieder andere sehen in ihm eine Kuh die man melken kann, aber nur wenige sehen in ihm ein Pferd, das den Karren zieht.“

Ich bitte nun Bodo Ramelow, uns seine Gedanken zur Wirtschaftspolitik vorzustellen.

gerd beck